

«Ja zum optimalen Schutz der Bevölkerung vor Grossraubtieren»



Das Ja-Komitee mit Aron Pfammatter, Franziska Biner, Guido Walker (Präsident), Martin Kalbermatter und Andreas Aquilino (von links) will den Bestand von Grossraubtieren im Wallis nachhaltig regulieren. Bild: pomona.media

Peter Abgottspon

Das Walliser Stimmvolk stimmt am 28. November über die Verfassungsinitiative «Für einen Kanton Wallis ohne Grossraubtiere» ab. Das Ja-Komitee startet mit der Ja-Kampagne und nennt seine Argumente.

Das Initiativkomitee eröffnete am Donnerstag die Ja-Kampagne für die Vorlage «Für einen Kanton Wallis ohne Grossraubtiere», über welche die Walliser Bevölkerung Ende November entscheidet. Das Komitee mit seinem Präsidenten Guido Walker legte vor Ort die Argumente des Ja-Lagers dar.

Demnach wird bei der Vorlage ein neuer Artikel in der Kantonsverfassung vorgeschlagen: «Der Staat erlässt Vorschriften zum Schutz vor Grossraubtieren und zur Beschränkung und Regulierung des Bestands. Die Förderung des Grossraubtierbestands ist verboten.» Die Initianten nennen drei Hauptgründe, welche für ein Ja sprechen würden.

Weil das Walliser Berggebiet mit seiner gepflegten Kulturlandschaft und historischen Berglandwirtschaft immer mehr von der Ausbreitung von Grossraubtieren betroffen sei, will die Initiative nachhaltig sichere Naherholungs- und Siedlungsgebiete ohne Grossraubtiere wie Wolf, Bär, Luchs oder Goldschakal.

Eine massvolle Regulierung sei deshalb nötig. Ansonsten würde die Berglandwirtschaft und die damit verbundene Kultur nicht weiter bestehen können. Herdenschutz allein sei zu aufwendig, zu

teuer und führe letztendlich zu emotionaler Belastung für die Bauern und Tierhalter. Insbesondere die Landwirte würden einen hohen Beitrag an die Biodiversität leisten.

Unter dem Slogan «Ja zum optimalen Schutz der Bevölkerung vor Grossraubtieren» führen die Initianten einen zweiten Hauptgrund ins Feld. Der neue Verfassungstext spreche sich deutlich für die öffentliche Sicherheit für Mensch und Tier aus. Die unkontrollierte Ausbreitung der Grossraubtiere stehe im Gegensatz dazu. Überpopulation von geschützten Arten führe zu markanten Schäden an Natur- und Kulturlandschaft. Damit einhergehend komme es auch zu negativen Auswirkungen für den hiesigen Tourismus.

Als dritten Hauptgrund für ein Ja an der Urne werden konkrete Zahlen genannt: Die Anzahl der Wölfe nehme aufgrund der natürlichen Begebenheiten exponentiell zu. Aktuell gebe es in der Schweiz schon rund 150 Wölfe und 15 Rudel.

Kürzlich seien im Turtmantal, Val d'Hérens und Val d'Anniviers wieder neue Jungwölfe nachgewiesen worden. In drei Jahren steige der Bestand auf rund 300, in sechs Jahren auf 600 und in neun Jahren auf gut 1200 Wölfe an. Das bedeute eine Verdoppelung alle drei Jahre.

Eine massvolle Regulierung und Begrenzung sei deshalb nötig, damit sich diese nicht unkontrolliert räumlich wie auch anzahlmässig ausbreiten könnten. Wenn dazu noch weitere Grossraubtiere hinzukommen sollten, werde die potenzielle Gefahr stetig grösser und unkontrollierbarer. Die Landwirtschaft und der Tourismus bräuchten Schutz und nicht Grossraubtiere. Die Initiative wurde von den beiden C-Parteien lanciert und wird von JSVPO und SVPO unterstützt. Die Vorlage überlässt es dem Kanton, den geeignetsten Schutz zu wählen, sei es mittels Elektrozäunen, Herdenschutzhunden für Kleinvieh, Hirten oder aber Drohnenüberwachung. Sagt das Walliser Volk Ja, wird es Aufgabe des Kantons sein, unverzüglich entsprechende Vorschriften auszuarbeiten und umzusetzen.

Über die Argumente des Nein-Komitees hat pomona.media bereits berichtet.